

Osttimor-Gespräche unter UN-Schirmherrschaft:

Das doppelte Spiel der indonesischen Regierung

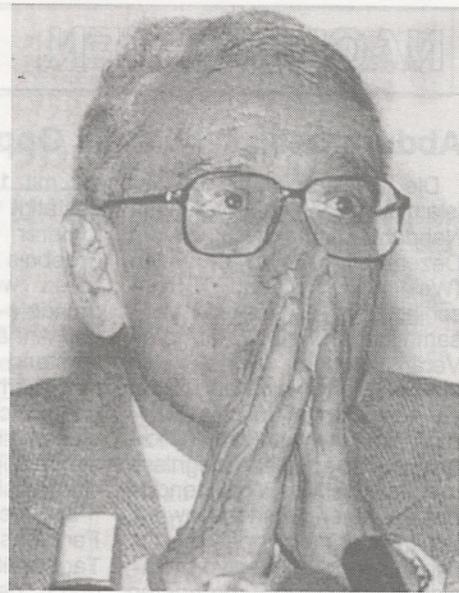
Während andere dem Neuen Jahr entgegen schauten, blickt die indonesische Zeitschrift *Kompas* noch mal auf die indonesische Außenpolitik des letzten Jahres zurück. Dabei kam unter anderem zur Sprache, daß Außenminister Ali Alatas sich im Februar 1994 von einer Parlamentarischen Kommission auffordern lassen mußte, in Sachen Osttimor doch bitte eine offensivere Politik zu verfolgen. Ali Alatas antwortete damals frustriert: "... die Arbeit des Außenministeriums beginnt und endet an der Tatsache, daß die Vereinten Nationen den Anschluß Osttimors an Indonesien nicht anerkennen."¹ Präsident Suharto, seine Technokraten und Generäle drängt es nach internationaler Beachtung. 1994 hätte ein Jahr des internationalen Erfolges werden können: Indonesien übernahm den Vorsitz in der Blockfreien Bewegung, es wurde Nichtständiges Mitglied des UN-Sicherheitsrates, und als Höhepunkt lud die Regierung im November zum APEC-Gipfel ein. Doch eine Anerkennung der politischen Erfolge konnte nicht aufkommen, weil sie von der Kritik an der Politik in Osttimor sowie der staatlichen Repression und den Menschenrechtsverletzungen in Indonesien überschattet wurde.

Scheinbare Gesprächsbereitschaft der indonesischen Regierung

Zu Anfang des Neuen Jahres, am 9. Januar, hatte UN-Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali den Außenminister Portugals, Joao Barroso, und seinen indonesischen Amtskollegen Ali Alatas zur 5. Gesprächsrunde über Osttimor nach Genf gebeten. Dabei sind die verhandelnden Parteien nach Jahren des fast völligen Stillstandes diesmal zwar durchaus ein Schritt weitergekommen, doch von einer Lösung des Konfliktes immer noch weit entfernt: Es wurde beschlossen, bei den kommenden Gesprächen, am 19. Mai 1995 in New York, alle osttimoresischen Gruppen einzubeziehen. Die osttimoresischen politischen Gruppierungen waren bislang von den unter UN-Schirmherrschaft stattfindenden

Gesprächen ausgeschlossen. Osttimor gilt nach Auffassung der Vereinten Nationen nicht als ein souveräner Staat, sondern als ein von Portugal abhängiges Gebiet, dessen Dekolonisation durch die indonesische Invasion unterbrochen wurde. Mit der Einbeziehung der Osttimoresen zu Gesprächen auf UN-Ebene verliert das indonesische Argument, Osttimor sei ein rein inner-osttimoreisches Problem, an Gewicht. Indonesien macht allerdings zur Bedingung, daß der politische Status Osttimors bei den Gesprächen nicht zur Debatte steht. Ramos Horta, Vertreter des osttimoresischen Nationalrats, vertraut in diesem Punkt auf die Flexibilität und den Einfallsreichtum von Boutros-Ghali und seinen Kollegen, und darauf, daß die Gespräche eine Eigendynamik entwickeln werden.² Denn letztlich kann weder die UN am Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes vorbei verhandeln, noch ist dies im Sinne Portugals. Xanana Gusmao, der inhaftierte osttimoresische Widerstandsführer, hat seine Bereitschaft zur Teilnahme an den Gesprächen angekündigt und zugleich versichert, daß er nach den Gesprächen freiwillig wieder ins Gefängnis nach Jakarta zurückkehren werde.

Leider gibt es auch nach diesen Gesprächen in Genf keinerlei Anhaltspunkte dafür, daß die indonesische Regierung in ihrer Haltung flexibler geworden sei. Für sie stellt nach wie vor die internationale Anerkennung Osttimors als Indonesiens 27. Provinz die einzig akzeptable Lösung dar. Und während die Außenminister Portugals und Indonesiens sich in Genf die Hände schütteln, verschlimmert sich die Lage in Osttimor tagtäglich. Auch gibt es eine starke Fraktion innerhalb der indonesischen Streitkräfte, die diesen Gesprächen und einer diplomatischen Lösung des Konfliktes keineswegs zustimmend gegenübersteht. Jedes Zurückweichen der Streitkräfte birgt für sie die Gefahr, daß die schweren Menschenrechtsverletzungen, die sie dort seit nunmehr 20 Jahren tagtäglich begehen, ans Licht kommen. Dies hätte interne Konsequenzen in einem nicht vorstellbaren Ausmaß.³



Boutros Boutros-Ghali

aus: FEER v. 2.2.95, S. 20



Ali Alatas

aus: FEER v. 3.11.94, S. 20



José "Xanana" Gusmão

aus: FEER v. 20.10.94, S. 21

Der Bericht des UN-Sonderberichterstatters zum Santa-Cruz-Massaker verurteilt die indonesischen Streitkräfte ...

Eine Vorstellung vom Ausmaß der Verbrechen in Osttimor und dem alltäglichen Terror gibt der Bericht des UN-Sonderberichterstatters über extralegale, summarische und willkürliche Tötungen, Bacre Waly Ndiaye. Bacre Waly Ndiady besuchte Indonesien und Osttimor im Juli des vergangenen Jahres, um das Santa-Cruz-Massaker zu untersuchen. Er kommt in seinem Bericht zu dem Schluß, daß Santa Cruz keineswegs ein "Unfall" war, wie es die indonesische Regierung und ihre westlichen Verbündeten immer wieder betonten, sondern eine gezielte militärische Aktion, für die die Regierung und die Streitkräfte die volle Verantwortung tragen. Die Prozedur, die am 12. November 1991 in Dili stattfand, war eine friedliche politische Demonstration von unbewaffneten Zivilisten. Die Behauptung der Streitkräfte, sie hätten in Notwehr gehandelt und es sei lediglich eine spontane Reaktion auf einen wütenden Mob gewesen, erwies sich als haltlos. Vor allem aber kommt Bacre Waly Ndiady nicht umhin festzustellen, daß die Bedingungen, die damals das Töten erlaubt haben, auch heute noch gegeben sind.⁴ Verstöße gegen Menschenrechte in Indonesien und Osttimor sind keine isolierten Einzelaktionen undisziplinierter Soldaten, sondern "das Ergebnis des Zusammenwirkens von institutionellen Strukturen, normierten Handlungsweisen und ideologischen Postulaten."⁵ So ist auch das indonesische Rechtssystem Ausdruck der politischen Machtstrukturen.

... und kritisiert die Untersuchungen der indonesischen Regierung

Der UN-Sonderberichterstatter findet in Osttimor ein Klima vor, das geprägt ist von Einschüchterung, Furcht und Mißtrauen: "Familien schrecken davor zurück, den Tod oder das Verschwinden ihrer Verwandten zu melden, da sie fürchten wegen Verbindungen zum Untergrundwiderstand oder wegen Unterstützung von Demonstrationen belangt zu werden. Dem Sonderberichterstatter wurde geschildert, daß jeder, der eine Klage vorbringt, automatisch als subversiv eingestuft wird."⁶ Solange in Osttimor nicht Gerechtigkeit herrscht und das Santa-Cruz-Massaker nicht allumfassend aufgeklärt ist, können für Bacre Waly Ndiady vertrauensbildende Maßnahmen nicht greifen. Voraussetzungen dazu wären eine drastische Reduzierung der Streitkräfte und der freie



Osttimoresischer Demonstrant beim APEC-Gipfel 1994 in Jakarta

aus: FEER v. 2.2.95, S. 21

Zugang von indonesischen, wie auch internationalen Menschenrechtsorganisationen nach Osttimor. Für unerlässlich hält er es, daß unabhängige osttimoresische NROs zugelassen werden, und die Katholische Kirche in den Prozeß miteingebunden ist.

Die Spannungen in Osttimor nehmen noch zu

Doch weder die Empfehlungen des UN-Sonderberichterstatters werden bislang in Osttimor umgesetzt, noch setzt sich dort die Gesprächsbereitschaft fort, die die indonesische Regierung auf internationalem Parkett zeigt. Stattdessen versuchen die indonesischen Machthaber, das auf internationaler Ebene verlorene Argumentationsgewicht wieder gut zu machen und mit einer ganzen Reihe von Maßnahmen die Osttimoresen untereinander zu entzweien. Dem wachsenden zivilen Widerstand in Osttimor begegnen sie mit der Devise: die Bevölkerung einschüchtern, den Widerstand provozieren,

aufreißern und isolieren. In einem erschreckenden Maß haben in den letzten Monaten die provozierten Auseinandersetzungen in Osttimor zugenommen, und die Meldungen über blutige Unruhen rissen nicht ab. Dabei geben sich die Militärs Mühe, nicht allzusehr als Akteure in Erscheinung zu treten, – ein Santa-Cruz-Massaker darf sich nach Meinung der Militärführung nicht wiederholen –, wengleich ihnen das nicht immer gelingt. Am 12. Januar meldeten die Streitkräfte, sie hätten sechs osttimoresische Rebellen im Kampf getötet. Als erste Zweifel an der Version aufkamen, waren laut dem indonesischen Oberbefehlshaber von Osttimor, General Kiki Syanakri, plötzlich nur noch zwei der Getöteten Guerillakämpfer. Dessen ungeachtet, seien aber die anderen vier auf jeden Fall Informanten des Widerstandes gewesen.⁷ Letztlich mußte die Armeeführung einräumen, daß alle Zivilisten waren, die auch nicht im Kampf gefallen waren, sondern hingerichtet wurden. Ausländische Botschaften in Jakarta, wie die der Vereinigten Staaten, Australiens



aus: FEER v. 24.11.94, S. 11

und Kanadas haben der indonesischen Regierung ihre Bedenken mitgeteilt. Die indonesischen Behörden überlegen derzeit, ob die verantwortlichen Soldaten vor Gericht gebracht werden und Gerüchten in Osttimor zufolge wird auch über die Abberufung von General Kiki Syanakri nachgedacht. Sowohl die Armeeführung, wie auch die Nationale Kommission für Menschenrechte haben ein Untersuchungsteam nach Osttimor geschickt.⁸ Wie die Vergangenheit jedoch zeigt und wie es auch im Bericht des UN-Sonderberichterstatters deutlich zum Ausdruck kommt, haben solche Untersuchungsteams bislang nur wenige zur Wahrheitsfindung beigetragen.

Seit diesem Jahr werden nun auch in Osttimor Studentenbrigaden (Resimen Mahasiswa; Menwa) eingesetzt. Diese paramilitarischen Gruppen sind die Augen und Ohren der Streitkräfte an den Universitäten, und ihre Aufgabe in Osttimor ist es, dort ein Klima von Angst und Schrecken zu verbreiten, Auseinandersetzungen zu provozieren und Gegner der Integration zu entlarven.⁹ Das gleiche Ziel verfolgen auch sogenannte "Ninja"-Gangs, die seit Anfang des Jahres nachts durch die Straßen Dilis ziehen, die Bevölkerung terrorisieren, Menschen verschleppen, Häuser anstecken und Geschäfte ausrauben. Streitkräfte und Polizei schauen dem Treiben nicht nur tatenlos zu, unabhängigen Quellen zufolge, ist die ganz in Schwarz gekleidete Straßengang von den indonesischen Sicherheitskräften angeheuert.¹⁰ Die Armeeführung weis jede Verbindung zu der Gang zurück und beschuldigt umgekehrt den Widerstand gegen die indonesische Herrschaft der Überfälle. Zeugen der nächtlichen Überfälle haben ausgesagt, daß die Jugendlichen mit Militärlastwagen ins Einsatzgebiet gebracht werden und sich die Streitkräfte dann völlig zurückziehen, ja sogar die nächtliche Patrouille einstellen, ganz so als wollten sie den Ninjas völlig freie Hand lassen.

Schon haben sich erste Selbsthilfegruppen gebildet, die sich den Ninjas entgegenstellen. Auch Manuel Carrascalao, Mitglied der Dili Legislative Assembly, klagt die Streitkräfte und Gouverneur Abilio Soares an, die Jugendlichen zum Terror gegen die Bevölkerung anzustiften. Da die Polizei dem Treiben tatenlos zusieht, haben sich schon erste Bürgerwehren gebildet, die ihrerseits nachts in den Straßen von Dili jagt auf Verdächtige machen. Ninjas, die von den Bürgerwehren gefangen genommen wurden, haben ausgesagt, daß sie vom Militär angeworben, ausgebildete und mit 25 US \$ pro Einsatz bezahlt worden sind. Einer der Ninjas sei sogar ein Polizeibeamter in Zivil. Unermüdlich predigen Bischof Belo und seine Kollegen Besonnenheit, und warnen eindringlich davor, Recht und Gesetz in die eigene Hand zu nehmen. Bischof Belo fordert

die Bevölkerung auf, die Verdächtigen nicht selbst zu richten, sondern sie zu ihm zu bringen, damit er sie der Polizei übergeben kann.¹¹ Bereits in seiner Weihnachtsbotschaft hat Bischof Belo die Osttimoresen eindringlich zur Einheit und Geschlossenheit aufgerufen. Er führte ihnen vor Augen, daß von der Entdeckung der Insel durch portugiesische Seefahrer, 1515, bis heute die Timoresen niemals als geeintes Volk gelebt haben. Schon vor der Ankunft der Portugiesen gab es auf Timor Uneinigkeit und ständige Kämpfe, wirtschaftliche, politische und religiöse Interessen haben die Uneinigkeit noch verstärkt. Vor allem aber haben sich ausländische Mächte – Portugal, Holland, Japan, Australien und Indonesien – diese Uneinigkeit zu Nutzen gemacht und sicherten sich durch geschicktes Verbünden und Auseinanderdividieren die Herrschaft über Osttimor. Eine Politik nach dem Prinzip "Divide et Impera" war und ist ein sicherer Garant dafür, die timoresische Gesellschaft entzweit zu halten. Durch die Jahrhunderte hindurch hat diese Politik für die Timoresen Krieg, Teilung, Leid, Gefängnis, Tod und Trauma gebracht. Bischof Belo rief dazu auf, eine Mentalität der Einheit und Einigkeit zu entwickeln.¹²

Einen ersten Erfolg hat Bischof Belo am 14. Februar erzielt: die örtlichen zivilen und militärischen Machthaber sind seiner Einladung zu einem Gespräch über die organisierten Ninjas in sein Haus gefolgt. An dem Gespräch nahmen teil: Vize-Gouverneur Haribowo, Polizeikommandant Subianto und ein Vertreter von General Kiki Syanakri. Sie kamen soweit überein, daß jeder für seinen Bereich Maßnahmen gegen die organisierten Banden ergreifen wird. Doch ohne ausreichenden internationalen Druck auf die indonesische Regierung werden Bischof Belo und alle anderen, die in Osttimor für Frieden und Demokratie eintreten, einen sehr schweren Stand haben. Indonesien hat auch dieses Mal wieder in Genf die Forderung nach einem ständigen UN-Beobachter in Osttimor zurückgewiesen.

1995 ist für Indonesien ein sehr symbolträchtiges Jahr: vor 50 Jahren, am 17. August 1945 verkündeten Sukarno und Mohammad Hatta die Unabhängigkeit. Indonesien schmückt sich festlich für die Feierlichkeiten, zu denen auch hochrangige ausländische Ehrengäste eingeladen sind, doch es könnte sich ein großer Schatten über die Feierlichkeiten legen. Vor 30 Jahren übernahmen Suharto und die Militärs die Macht in Indonesien und dieser blutige Machtwechsel von der "alten Ordnung" zur "neuen Ordnung" hat Hunderttausende das Leben gekostet. Und 20 Jahre ist es her, daß die indonesischen Streitkräfte Osttimor überfallen haben. Wenn die indonesische Regierung nicht ihre Politik ändern sollte, dann wird

auch dieses Jahr wieder die Kritik an Menschenrechtsverletzungen und Repressionen die Schlagzeilen bestimmen.

Monika Schlicher

Anmerkungen:

- 1 Kompas, 24. Dezember 1994
- 2 O Publico, 12.01.1995
- 3 James Dunn (früherer australischer Botschafter in Port.-Timor) Foreign Affairs Columnist, 15.01.1995
- 4 Report by the Special Rapporteur, Mr. Bacre Waly Ndiaye, on his mission to Indonesia and East Timor from 3 to 13 July 1994, United Nations, Economic and Social Council, 1. November 1994, S. 13, 22
- 5 amnesty international: Indonesien und Osttimor; Kein Paradies für Menschenrechte, Bonn 1994, S.14
- 6 Report of the Special Rapporteur, S. 17
- 7 Voice of America, Correspondent Report, David Butler, Bangkok, 11.02.1995
- 8 Jakarta Post: Soldiers said out of line in East Timor killings, 12.02.1995
- 9 Zu Menwa s. Watch Indonesia!: Indonesien Informationen, 1/1995: "Studentenregiment" spielt Krieg, S.42/43
- 10 amnesty international: Urgent Action 33/95; AI index: ASA 21/14/95
- 11 LUSA 04.02/13.02.1995
- 12 Dili Diocese – East Timor: Message of Christmas 1994

– Anzeige –

... und nie davon träumt,
Zahn oder Messer zu sein

graswurzel revolution

FÜR EINE GEWALTFREIE, HERRSCHAFTSLOSE GESELLSCHAFT

In der gewaltfrei-anarchistischen
Monatszeitung ist zu lesen



- ★ Deutsche Tornados im Krieg
- ★ Geld, Markt & Macht. Die Konsequenz: Abschaffung des Geldes
- ★ Anarchy in the UK'94
- ★ Eindrücke von den britischen Libertären Tagen
- ★ Die Ideologie der Neuen Rechten
- ★ Friedensbewegung im ehemaligen Jugoslawien
- ★ Rembetiko: Griechischer Blues - immer nur gut?
- ★ Max Nettlaus Anarchismus
- ★ Libertär-antimilitaristische Gruppen in der Türkei
- ★ Utopie:

Ernst Bloch schrieb bei Gustav Landauer ab ★ Warum die ÖkologInnen den Sturm säen, aber Grüne Punkte ernten. Zur Zukunft der Umweltbewegung ★ Antimilitarismus in der Ära Adenauer: Zeitzeugnisse und Dokumente aus dem Nachlaß von Theodor Michaltschiff ★ CASTOR ★ Buchbesprechungen: Dreyfus; Briefwechsel zwischen Landauer und Mauthner u.v.a.m.

Graswurzelrevolution-Sonderhefte
Anarchismus und gewaltlose Revolution heute, 92 S., 8 DM. Kritik der parlamentarischen Demokratie, 100 S., 10 DM.

Schnupperabo (4 Ausgaben) 10 DM gegen Vorkasse. Jahresabo (10 Ausgaben) 35 DM.

Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/1403